

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 12.02.2004

Vorlage Nr. 04-F-20-0002

Schulentwicklungsplan

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.02.2004

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Um bezüglich der fachlichen Grundlagen der derzeit gegebenen Genehmigungshindernisse für den von der Stadtverordnetenversammlung am 16. Oktober 2003 beschlossenen Entwurf des Schulentwicklungsplanes die gebotene Transparenz herzustellen, wird der Magistrat gebeten, sich beim Hessischen Kultusministerium dafür zu verwenden, dass die interne Stellungnahme des staatlichen Schulamtes vom 17. Dezember 2003 den politisch Verantwortlichen in Wiesbaden auch offiziell zur Kenntnis gebracht wird.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, den von der Stadtverordnetenversammlung am 16. Oktober 2003 beschlossenen Entwurf für den Schulentwicklungsplan unverzüglich zurückzuziehen, um den Weg für seine rasche Überarbeitung freizumachen.
3. Um die Stadtverordnetenversammlung in die Lage zu versetzen, möglichst zügig über tragfähige Regelungsalternativen beraten zu können, wird der Magistrat gebeten, darzustellen,
 - wie der Nachweis eines ausreichenden Angebotes an Plätzen in Integrierten Gesamtschulen in Wiesbaden und AKK erfolgen soll,
 - welcher der beiden Standorte Gerhart-Hauptmann-Realschule und Heinrich-von-Kleist-Schule sich für die Verwirklichung einer Innenstadt-IGS am besten eignet,
 - welche alternative Perspektiven sich für die bisher als „Reformschulen“ vorgesehenen Schulen (Gustav-Stresemann-Schule und Gerhart-Hauptmann-Realschule) eröffnen,
 - wie sich das Gymnasialangebot bei einem schrittweisen Abbau des Gerhart-Hauptmann-Gymnasium (ohne dessen Zusammenführung mit der Dilthey-Schule) entwickelt.
4. Der Magistrat wird gebeten rechtzeitig vor dem Anmeldeschluss für die weiterführenden Schulen am 20. März 2004 öffentlich Klarheit darüber herzustellen, welche Wiesbadener Schulen in Zukunft welches Angebot unterbreiten, damit die Eltern wissen, auf welcher Grundlage und mit welchen Zukunftsperspektiven sie ihre Kinder an den Schulen anmelden.

Beschluss Nr. 0078

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.02.2004 betr.

Schulentwicklungsplan

wird in durch den Antragsteller geänderter nachstehender Form abgelehnt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Um bezüglich der fachlichen Grundlagen der derzeit gegebenen Genehmigungshindernisse für den von der Stadtverordnetenversammlung am 16. Oktober 2003 beschlossenen Entwurf des Schulentwicklungsplanes die gebotene Transparenz herzustellen, wird der Magistrat gebeten, sich beim Hessischen Kultusministerium dafür zu verwenden, dass die Stellungnahme des staatlichen Schulamtes vom 17. Dezember 2003 den politisch Verantwortlichen in Wiesbaden auch offiziell zur Kenntnis gebracht wird.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, den von der Stadtverordnetenversammlung am 16. Oktober 2003 beschlossenen Entwurf für den Schulentwicklungsplan unverzüglich zurückzuziehen, um den Weg für seine rasche Überarbeitung freizumachen.
3. Um die Stadtverordnetenversammlung in die Lage zu versetzen, möglichst zügig über tragfähige Regelungsalternativen beraten zu können, wird der Magistrat gebeten, darzustellen,
 - wie der Nachweis eines ausreichenden Angebotes an Plätzen in Integrierten Gesamtschulen in Wiesbaden und AKK erfolgen soll,
 - welcher der beiden Standorte Gerhart-Hauptmann-Realschule und Heinrich-von-Kleist-Schule sich für die Verwirklichung einer Innenstadt-IGS am besten eignet,
 - welche alternative Perspektiven sich für die bisher als „Reformschulen“ vorgesehenen Schulen (Gustav-Stresemann-Schule und Gerhart-Hauptmann-Realschule) eröffnen,
 - wie sich das Gymnasialangebot bei einem schrittweisen Abbau des Gerhart-Hauptmann-Gymnasium (ohne dessen Zusammenführung mit der Dilthey-Schule) entwickelt.
4. Der Magistrat wird gebeten rechtzeitig vor dem Anmeldeschluss für die weiterführenden Schulen am 20. März 2004 öffentlich Klarheit darüber herzustellen, welche Wiesbadener Schulen in Zukunft welches Angebot unterbreiten, damit die Eltern wissen, auf welcher Grundlage und mit welchen Zukunftsperspektiven sie ihre Kinder an den Schulen anmelden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2004

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .02.2004

Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister